

# Lichtenstein-Callnberger Tageblatt

Anzeiger für Lichtenstein-Callnberg, Hohndorf, Rödlitz, Bernsdorf, Risdorf, St. Egidien, Heinrichsort, Marienau, den Müllengrund, Rubschnappel und Tirschheim.



Erscheint täglich, außer Sonn- und Feiertags, nachmittags für den folgenden Tag. — Bezugspreis: 0,75 Mk. vierteljährlich frei ins Haus durch die Post bei Abholung 0,75 Mk. Bestellungen nehmen die Geschäftsstelle, sämtliche Postanstalten, Briefträger und unsere Zeitungsträger entgegen. — Einzelnummer 15 Pfg.

Anzeigenpreis: Die sechsgepaltene Grundzeile wird mit 40 Pfg., für auswärtige Besteller mit 50 Pfg. berechnet. Im Reklame- und amtlichen Teile kostet die dreisgepaltene Zeile 80, für auswärtige 1,00 Pfg. Schluss der Anzeigenannahme vorm. 9 Uhr. Fernsprecher Nr. 7. Drahtanschrift: „Tageblatt“. Postfachkonto Leipzig 86697.

**Amtsblatt für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein-Callnberg.**  
Organ aller Gemeindeverwaltungen der umliegenden Ortschaften.

Nr. 32.

Sonntag, den 8. Februar 1920

70. Jahrgang

Auf Blatt 3 des hiesigen Genossenschaftsregisters für juristische Personen, den Turnverein zu Callnberg betr., ist heute eingetragen worden, daß der Name des Vereins künftig **Turnverein von 1846 Lichtenstein-Callnberg** lautet und der Verein seinen Sitz in Lichtenstein-Callnberg hat.  
Lichtenstein-Callnberg, den 6. Februar 1920.  
Das Amtsgericht.

**Lebensmittelverkauf in Lichtenstein-Callnberg.**  
Montag, den 9. Februar 1920.  
**Verkaufsstelle Bürgerstraße**, nachm. von 3—5 Uhr,  
Kaffee-Ersatz  $\frac{1}{2}$  Pfd., Paket 90 Pfg., Orieleibrot-ausschnitt 1 Dose 2,50 Mk., Bienenhonig  $\frac{1}{2}$  Pfd., Glas 5,50 Mk., 1 Pfd., Glas 10,75 Mk., Mochurle 6,75 Mk., **Rakoo**,  $\frac{1}{2}$  Pfd., 4.— Mk. gegen Vorlegung der roten D. L. M. R., Nr. 1—1000, Familien mit 5 Personen  $\frac{1}{2}$  Pfd., mehr als 5 Personen  $\frac{1}{2}$  Pfd.  
An Kinder von 4—6 Jahren **Malgeztrakt** gegen Vorlegung der D. L. M. R., 1 Dose 2,50 Mk.  
**Rehs**, für Kinder bis zu 4 Jahren, Abschn. 13 bezw. N der Kindernährmittelskarte, 2 Pakete 1,20. Montag nachm. von 2—4 Uhr in den beiden Milchhütten.  
Städt. Lebensmittelamt.

**Höhere Abteilung der Lichtensteiner Volksschule.**  
In die Höhere Abteilung werden Oftern 1920 gut befähigte Knaben und Mädchen von hier und auswärts aufgenommen, die jetzt im 4. Schuljahr stehen und Ästere, die bereits fremdsprachlichen Unterricht getrieben haben. Die Anmeldung ist vom 10.—20. Februar

täglich von 11—12 Uhr im Amtszimmer des Unterzeichneten und Sonntags in der Privatwohnung, Glauchauerstraße Nr. 25 I, zu bewirken. Bei der Anmeldung ist das Zeugnisbuch der Aufzunehmenden vorzulegen. Tag der Aufnahmeprüfung wird noch bekanntgegeben.  
Lichtenstein-Callnberg, den 3. Febr. 1920.  
Die Schulleitung.  
Schuldirektor Dr. Hüttig.

**Spartasse Hohndorf (Bez. Chemnitz).**  
Zinsfuß  $3\frac{1}{2}\%$ . Täglich Verzinsung.  
Postfachkonto Leipzig Nr. 21489.  
Gemeinde-Girokonto Nr. 2. Strengste Geheimhaltung.  
Unentgeltliche Aufbewahrung von Wertpapieren.  
Geschäftszeit: 8 Uhr vorm. bis 1 Uhr nachm., 3—5 Uhr nachm. Sonnabends und an den Vorabenden von Feiertagen durchgehend von 8 Uhr vorm. bis 2 Uhr nachm.

Bezirksverband.  
R.-L.-Nr. 1016 Fe.  
**Sonderverteilung von Spellefett.**  
1) In der Woche vom 8.—15. Februar 1920 kommen als Sonderverteilung 100 g (und zwar je 50 g) Kokosfett und Auslandsmargarine auf den Kopf der Versorgungsberechtigten und Selbstverfoger zur Ausgabe.  
2) Die Abgabe erfolgt auf Marke 1 der neuen Landesfettkarte und Marke 6 der grauen Lebensmittelkarte für Selbstverfoger.

R.-L.-Nr. 105.b Fe  
**Nährmittel.**  
Für die Woche vom 8.—14. Februar 1920 sind zur Verteilung bestimmt:  
100 g Toppokamehl auf Marke B 5 der roten Lebensmittelkarte A.  
250 g Zwieback auf 16 der grauen und Marke O der roten Kindernährmittelskarte C.  
Für die in derselben Woche ausfallenden 2 Pfund Kartoffeln erhalten die Empfangsberechtigten als Ersatz je 200 g Haferflocken.  
Glauchau, am 6. Februar 1920.  
Freiherr v. Weldt, Amtshauptmann.

**Verkauf von Sanitätsgut aus Heeresbeständen in Dresden.**  
Im Sanitäts-Sammellager, Dresden-A., Rosenstraße 65, gelangen am **12. und 13. Februar** von 9—1 Uhr gegen sofortige Barzahlung zum Verkauf: ärztliche und zahnärztliche Bestände, medizinische Glaschalen, Pipetten usw., Desinfektionsapparate und Feldsterilisationsgeräte; in erster Linie an Ärzte, Krankenhäuser und Anstalten der Wohlfahrtspflege. Ein Verkauf anderer Gegenstände findet an diesen Tagen nicht statt. Verpackungsmaterial kann nicht gestellt werden.  
Zahlung kann in Kriegsanzleihe erfolgen, wenn der Käufer den einwandfreien Nachweis der Selbstzahlung durch Bescheinigung von der Bank erbringt.  
Dresden, den 5. Februar 1920.  
Reichsverwertungsamt, Landesstelle Sachsen.

## Kurze wichtige Nachrichten

\* In der Kammerkommission für auswärtige Angelegenheiten wurde über den Antrag auf Grund des Textes der Artikel des Vertrages, welche sich mit der Auslieferung der Schulbigen befassen, auseinandergesprochen, daß das Dokument die wirksamsten Mittel biete, demselben durch Deutschland Achtung zu verschaffen. Er sagte hinzu, daß die Regierung entschlossen sei, die Durchführung des Vertrages mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu sichern.  
\* Wie der „Lokalanzeiger“ erzählt, stehen Generalfeldmarschall v. Hindenburg und General Ludendorff in der Auslieferungstrage auf dem Standpunkte, welcher durch den Beschluß, der am 7. Januar in der Versammlung der Kriegsräte gefaßt wurde, festgelegt ist und dahin geht, daß sich kein Deutscher freiwillig ausliefern dürfe.  
\* Die Auslieferungsbefehle des Verbandes trifft auch in der Schweiz und in der Schweiz auf den geschlossenen Weltmarkt der Presse und löst die heftigste Erregung und Verbitterung gegenüber dem Verband aus.  
\* Der deutsche Offiziersbund und der Nationalverband deutscher Offiziere erlassen eine Forderung, in der sie betonen, den Schutz der von der Auslieferung Bedrohten übernehmen zu wollen.  
\* Die Berliner Unabhängigen wollten gestern in 10 Versammlungen zur Auslieferungstrage Stellung nehmen, die Polizei verbietet die Versammlungen.  
\* Der Rat des Völkerverbandes wird am 11. Februar zu seiner 2. Sitzung zusammenkommen. Er wird sich mit der Verwaltung des Saargebietes und mit der Stellung des Preisausschusses beschäftigen.  
\* Die Note der von Österreich auszuführenden Schulbigen wird Ende nächster Woche nach Wien gehen.  
\* Die „Rheinische Volkszeitung“ meldet aus Solingen: Infolge des vertragsbrüchigen Verhaltens der Arbeiter durch Arbeitsniederlegung, Gruppenkündigungen und Forderung höherer Löhne hat der Verband Solinger Fabrikarbeitervereine gestern sämtlichen Arbeitern und Arbeiterinnen zum 19. 2. gekündigt. Die im Streit befindlichen Arbeiter sind entlassen worden. Die Demobilität erhalten seit gestern kein Material mehr. Der Arbeitgeberverband der Metallindustrie wird sich diesem Beschlusse anschließen.

\* Im Ruhrgebiet droht ein neuer Konflikt, da die Maschinen- und Heiser höhere Lohnforderungen stellen, als ihnen vom Zechenverband zugestanden werden.

## Ministerpräsident Dr. Bradnauer über die Auslieferungstrage.

Ministerpräsident Dr. Bradnauer erklärte auf Anfrage eines Fraktionskollegen folgendes: Von Beginn des Weltkrieges an haben die Feinde zielbewußt darauf gearbeitet, die Schuld am Kriege ausschließlich auf Deutschland abzuwälzen. Ebenso haben sie während des Krieges ihre Völker durch eine einseitig und fanatische Grenzpropaganda mit leidenschaftlichem Haß erfüllt. Jetzt soll der Anstich einer Beweiskarte, erweist uns für alle Zeit dem deutschen Volke das Maß der Schuld aufgebracht werden. Durch eine Prozeßführung, die eine Verhöhnung jedes wahren Rechtsverständnisses wäre, soll das bereinigte objektive Urteil der Geschichtsschreibung und der Nachwelt vorweggenommen und zu Gunsten der Entente festgelegt werden. Man verfolgt jedoch zugleich auch sehr unmittelbare und reale Zwecke. Die beabsichtigten Sensationsprozesse würden die Presse jener Länder überdauern und auf viele Monate, vielleicht auf Jahre hinaus, würde ein Schauspiel vor riesenhaften Demonstrationen geboten werden. Auch die neutrale Presse würde sich dieser Annäherung kaum entziehen können. Damit würden bei den Gegnern und bei der Neutralen die Stimmen der Menschlichkeit und der Vernunft ausgelöscht werden und der Haß des Entente-Schauvinismus erhalte freie Bahn für alle weiteren Unnehmungen, die man gegen das besiegte Deutschland in der Schilde führt. Der Ministerpräsident gab der Ansicht Ausdruck, daß die Auslieferungstrage für die Entente ein Mittel sein soll, um die künftigen Ziele des Versailler Vertrages sicher erreichen zu können. Es handle sich keineswegs um einige hundert Personen, deren Einopferung etwa dem deutschen Volk Ruhe und Erleichterung von gegenwärtigen Bedingungen bringen würde, vielmehr sollen alle Länder der Welt mit tendenziösen Prozeßberichten überschüttet werden, man kann dann ungehindert an die Ausführung des Gewalttriebens in allen seinen Absichten und Auswirkungen herangehen. Deutschland soll rechtswirtschaftlich ausgeschaltet, seine Industrie und sein Handel vernichtet, es soll auf

die Stufe eines bloßen Agrarlandes herabgedrückt werden, was den Hungertod über Millionen von Arbeiterfamilien bedeuten müßte. Sicherlich werden manche Angehörige der deutschen Standpunkte und deutsche Würde zur Geltung bringen. Aber politisch kommt es darauf an, was von ihren Aussagen wirklich in die Presse hineinkommt. Fer oder jener wird sicherlich gesprochen werden, schon um der Entente-Rechtsprechung den Schein der Gerichtigkeit zu verleihen. Die Wirkung der eigentlichen Grenzpropaganda würde durch solche Gegenstände und Zwischenfälle nur noch verstärkt werden. Die Feinde werden nicht nur aus diesem, sondern auch aus allen anderen Abschnitten des Versailler Friedens Grund: für Zwangs- oder Strafmaßnahmen ableiten können. Durch die Auslieferungstrage würden wir gerade die Grenzpropaganda der Entente und damit die Ausführung des Friedens ermöglichen, gerade das ermöglichen, was sich manchen einbilden, durch sie vermeiden zu können. Auch die deutsche Arbeiterschaft hat das größte Interesse daran, diese Grenzpropaganda unmöglich zu machen, da sonst die Wiederherstellung internationaler Beziehungen zwischen der Arbeiterschaft der verschiedenen Länder unmöglich gemacht würde. Die Auslieferungstrage würde für Jahrhunderte das Märchen von der Allenschnelle Deutschlands in den Annalen der Geschichte festlegen. Sie würde das Schicksal unseres Volkes besiegeln.  
Zu solchem Verfahren könnte ich meine Hand nicht bieten. Ich lege auch Zweifel, daß fähige Beamte solchen Leistungen folgen würden. Das deutsche Volk muß sich in voller Einigkeit gegen die unerfüllbare Auslieferungstrage erklären. Es muß den militärischen und wirtschaftlichen Zwangsmitteln, die der Gegner anzuwenden versucht wird, ruhige Entschlossenheit und Bereitschaft zu jedem Opfer entgegenlegen. Wir müssen die schwere Probe aushalten, nur dann können wir neue Hoffnungen fassen.

## Die Anklagedelitte.

Der „Temps“ meldet aus Paris, daß die deutsche Antwort auf die Auslieferungstrage innerhalb 14 Tagen erwartet wird. Erst nach fruchtlosem Verlauf wird Deutschland eine zweite Note erhalten, die weitere Verhandlungen ausschließt. Die Entente-Kommission für die Ueberführung der Deutschen nach Paris weilt bereits in Berlin. Ein am Mittwoch abend ausgegebener Navas-Tommentar stellt fest, daß die gesamte französische Presse